

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Gratzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72205

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Wfa., bei Vorkauf 40 Wfa., Stellenangebote 10 Wfa., Kolonelle 25 Wfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Wfa., Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Wfa. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Wfa., bei Vorkauf 50 Wfa., Reklameseite 2.25 Wfa.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Arbeitsbeginn der neugewählten Parlamente Im Preußen-Landtag wird geprügelt

Der ratlose Alterspräsident

Der Soz. Pressedienst berichtet:
Der preussische Landtag ist am Freitag zu einer ersten Sitzung nach der Wahl zusammengetreten. Der 83jährige Alterspräsident Graf Posadowsky, der frühere kaiserliche Staatssekretär und Botschafter, eröffnete die Tagung mit einem klugen Bekenntnis zur Republik.

Kommunisten und Nationalsozialisten machten sich sofort nach der Eröffnung der Sitzung den Umstand zunutze, daß der alte Herr schon etwas ungewandt geworden ist und die Geschäftsordnung des Preussischen Landtages - Graf Posadowsky sprach verächtlich immer von einem Abgeordnetenhaus, das es ja nicht mehr gibt - nicht beherrscht. Die Kommunisten beantragten die Freilassung zweier ihrer Abgeordneten, die vom Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat, angeblich verurteilt durch irgendwelche Professorensprüche, zu Festungshaft verurteilt worden sind, in Gollnow sitzen und vom Oberreichsanwalt nicht beurlaubt wurden. Da es sich augenscheinlich um rein politische Vergehen handelt, spricht nichts dagegen, daß der Landtag diesen Abgeordneten Jodel und Bruhn die Teilnahme an seinen Beratungen ermäßigte. Aber die sofortige Verhandlung eines solchen Antrages kann nur stattfinden, wenn niemand widerspricht. Abgeordneter Dr. Bonifat von der Christlich-Nationalen Bauernpartei widersprach. Dieser Bonifat ist kein Unbekannter. Er war früher Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium und hat diese Stellung dazu mißbraucht, gegen den damaligen sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Otto Braun häßliche, unwahre Angriffe zu erheben; er ist später freiwillig aus dem Amte geschieden und zum Lohn für seine Verleumdung Direktor der Siedlungsabteilung beim Landbund geworden. Jetzt ist er in einer der Masken, unter denen sich die Deutschnationalen verkleiden, neu in den Landtag gewählt. Kein Sozialdemokrat wird für Bonifat und sein Verhalten besondere Sympathie empfinden. Aber schließlich ist es das parlamentarische Recht jedes Abgeordneten, zu verlangen, daß ein Antrag nicht am selben Tage, sondern erst im nächsten Tag beraten wird. Die Kommunisten hatten es aber offenbar von vornherein auf Kadava angelegt.

Ein paar kommunistische Abgeordnete unter Führung des Abgeordneten Gohste spazierten in aller Ruhe auf die rechte Seite des Hauses herüber, holten sich Bonifat heraus und schlugen ihm langsam aber gründlich mit geballter Faust ins Gesicht.

Von den Abgeordneten der Rechten rührte sich kein Mensch. All die wackeren Landbändler, Deutschnationalen und Stahlhelmer sahen wie die Delfinen auf ihren Plätzen und ließen die Handvoll Kommunisten ganz gemächlich Herrn Bonifat verdreschen. Nur die tapferen Nationalsozialisten tanzten umher und verkündeten jubelnd, an sie, die auch Widerspruch erheben hätten, traue sich kein Kommunist heran. Das Bild war unbeschreiblich komisch und ekelhaft zugleich.

Die kommunistischen Prügelhelden kehrten angeführt in die jubelnden Reihen ihrer Freunde zurück, und nun füllten abwechselnd Kommunisten und Nationalsozialisten den Rest der Sitzung mit Unfug und Kadava aus, mit!

Seitrufen auf Adolf Hitler und Hochrufen auf Wladi Iwanow, kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Rotfrontkämpferbundes, der mit breiter roter Armbinde in Rotfront-Uniform in der Diplomatenloge saß und den Spektakel würdevoll dirigierte. Ein kommunistischer Jüngling mit gewaltiger Trompetenstimme hielt schließlich von der Abgeordnetentribüne aus eine schwungvolle Rede auf die Weltrevolution und gegen das Parlament. Der Alterspräsident brauchte recht lange Zeit, bis er die Sitzung schloß und erklärte, er werde die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst festsetzen.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung sieht die Wahl des Präsidenten, des sozialdemokratischen Abgeordneten Bartsch vor. Wir hoffen, daß dann die Klappentöne blühend aufhören werden. Im anderen Falle wird der Präsident auso kräftigste von den Nachmitteln Gebrauch machen, die ihm die Geschäftsordnung gibt; denn dazu ist der Preussische Landtag nicht da, daß er sich von ungezogenen Kadavaüberdauern in der Arbeit stören läßt.

SPD Die preussische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie wählte am Freitag zu Vorsitzenden die Abg. Heilmann, Peiner, Haas-Rössin und Winter-Breslau.

Heute Regierungserklärung

SPD Am Sonntagabendnachmittag wird der Preussische Landtag eine kurze Erklärung der preussischen Staatsregierung entgegennehmen. Ministerpräsident Braun wird darin einen Rückblick über die preussische Politik der letzten Jahre geben und auf Grund des Wahlergebnisses vom 20. Mai feststellen, daß diese Politik von den Wählern gebilligt worden ist. Die preussische Regierung habe deshalb keinen Anlaß, zurückzutreten und werde auf dem bisher von ihr verfolgten Weg fortfahren. Jede Partei, die sich zu den Richtlinien der preussischen Regierung bekenne und fest auf dem Boden der Republik stehe, sei zur Mitarbeit willkommen. Die preussische

Regierung sei bereit, sobald dieser Wille offen und ehrlich zum Ausdruck gekommen sei, in Verhandlungen zur Erweiterung ihrer gegenwärtigen parlamentarischen Basis einzutreten.

Die Debatte über die Erklärung der preussischen Regierung wird am Montag beginnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Koalitionsparteien sich mit einer gemeinsamen Erklärung begnügen.

Der von den Kommunisten angekündigte Mißtrauensantrag gegen die preussische Staatsregierung ist dem Landtag am Freitag überreicht worden. Der Antrag enthält die üblichen kommunistischen Agitationsphrasen und strotzt von Lügen und Gemeinheiten.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag

SPD Berlin, 9. Juni (Radio).

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat beschlossen, in der Sonnabendtagung des Plenums zu beantragen, als ersten Punkt

Hermann Müller beim Reichspräsidenten

SPD Berlin, 9. Juni (Radio).

Der Reichspräsident empfing heute um 1/11 Uhr den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, zur Erörterung der politischen Lage. Die Unterredung war nur von kurzer Dauer. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei unterrichtete den Reichspräsidenten über die Entschlossenheit der Sozialdemokratie zur Mitverantwortung und zur Führung der künftigen Regierung. Der Reichspräsident erklärte, daß er im Laufe des heutigen Tages die Führer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei empfangen werde und beabsichtige, Hermann Müller nach dem Rücktritt des Kabinetts am Dienstag mit dem Versuch einer Neubildung der Regierung zu beauftragen.

Provokation durch das Zentrum

Baß mit den Deutschnationalen

SPD Stuttgart, 8. Juni.

Der württembergische Landtag wählte am Freitagnachmittag entgegen den anfänglichen Erwartungen den bisherigen Innenminister Baß (Ztr.) zum Staatspräsidenten von Württemberg. Vor der Wahl gab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion deren Vorsitzender, Abgeordneter Ulrich, folgende Erklärung ab:

„Die Landtagswahl vom 20. Mai bedeutet eine Vertrauensänderung für die Sozialdemokratische Partei und eine Niederlage der bisherigen Regierungskoalition. Die sozialdemokratische Fraktion als die stärkste des neuen Landtags hat daher die Bildung einer Regierung gefordert, in der sie gemäß dem Willen und den Erwartungen des württembergischen Volkes nach ihrer Stärke vertreten sein würde. Die Zentrumspartei, mit der die Sozialdemokratie zu diesem Zwecke in Verbindung getreten ist, hat nach 14tägiger Frist kurz vor Beginn der heutigen Sitzung mitgeteilt, daß sie im Zusammenwirken mit Bürgerpartei und Bauernbund eine der späteren Erweiterungen durch andere Parteien zugängliche Regierungsbildung vorzunehmen beschloßen habe und die Wahl des Herrn Baß zum Staatspräsidenten vorschläge. Die sozialdemokratische Fraktion erblickt in diesem Beschluß eine Mißachtung des durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gekommenen Volkswillens, für deren Auswirkungen das Zentrum die Verantwortung vor dem Volke zu tragen hat. Unter erneuter Betonung ihrer Bereitwilligkeit zur verantwortlichen Mitarbeit schlägt die sozialdemokratische Fraktion ihrerseits für das Amt des Staatspräsidenten den Abgeordneten Keil vor.“

Von den 80 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf den bisherigen Innenminister Baß (Ztr.) 39 Stimmen, Keil (Soz.) 22, Schreck (Komm.) 6, Ströbel (Bauernbund) 1, während 12 Zettel unbeschrieben und mithin ungültig waren. Baß hatte die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten. Er wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Bauernbundes, des Zentrums und des Christlichen Volksdienstes gewählt.

Kommunistischer Amnestieantrag

SPD Berlin, 9. Juni (Radio).

Die Kommunisten haben neben dem Amnestieantrag, der heute, Sonntag, im preussischen Landtag verhandelt werden soll, noch einen besonderen Gesetzentwurf eingebracht, wonach „allen wegen politischer Verbrechen und Vergehen im Freistaat Preußen abgeurteilten Personen, soweit die Straftat vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen ist, Straffreiheit gewährt werden soll“. In diese Straffreiheit sollen auch alle Personen eingeschlossen sein, deren Straftaten von einer Amnestie ausgeschlossen waren. Die Amnestie soll sich ferner auch auf solche Personen erstrecken, „deren Handlungen auf politische Beweggründe zurückzuführen sind oder mit einem politischen Unternehmen im Zusammenhang stehen“. Ausgeschlossen aber werden Personen, „die sich an Mordtaten oder Nordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation Confal, des Wikingerbundes, des Wehrwolfs, der Olympia und der mit ihnen in Beziehungen stehenden gleichartigen Verbände als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben“.

Die Fürstenabfindung in Hessen

SPD Darmstadt, 8. Juni.

Der hessische Landtag nahm am Freitag das Gesetz über Abfindung des ehemaligen Großherzogs in dritter Lesung mit 29 gegen 27 Stimmen an. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten; die Deutschnationalen und der Landbund enthielten sich der Stimme. Alle anderen Parteien stimmten für das Gesetz. Der im Zusammenhang mit dem Abfindungsgesetz eingebrachte kommunistische Mißtrauensantrag wurde abgelehnt, der Antrag der Koalitionsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Der motivierte und aus tatsächlichen Gründen gestellte „Vertrauensantrag“ der Deutschnationalen wurde dadurch erledigt.

Baß nahm nach erfolgter Wahl sofort das Wort zu einer Erklärung, deren einzelne Sätze von stürmischen Protestrufen aus den Parteien der Linken begleitet wurden. Er sagte, daß er das Amt eines politischen Gebot folgend annehme. Seine Partei habe dieses Amt nicht erstrebt und er hoffe, es bald an einen anderen abtreten zu können. Er laube alle Kreise des Landtages zur Mitarbeit ein und werde bemüht sein, ruhig und sachlich zu arbeiten, um eine Verschärfung der Parteigegensätze zu vermeiden. Sodann teilte Baß die neue Ministerliste mit. Er werde das Ministerium des Innern übernehmen, sein Zentrumskollege Weyerle das Justiz- und Wirtschaftsministerium, der Deutschnationale Dehlinger das Finanzministerium und Bazille das Kultusministerium.

Die Rennung des Namens Bazille rief einen Entrüstungsturm hervor, wie er wohl selten im württembergischen Landtag zu hören war. Das Ergebnis dieser provokatorischen Art, einen Mann in seinem Amt zu halten, dem die Entscheidung des Volkes mit einer kaum mehr zu überbietenden Wucht und Deutlichkeit den Anspruch auf weiteres Verbleiben in der Regierung abgeschnitten hat, löste sofort zwei Mißtrauensanträge aus. Der sozialdemokratische Antrag lautet: „Die Regierung besitz nicht das Vertrauen des Landtages.“ Er wurde mit 40 Nein-Stimmen (Zentrum, Deutschnationale, Bauernbund, Christlicher Volksdienst) gegen 36 Ja-Stimmen (Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten) bei 4 Enthaltungen (Deutsche Volkspartei) abgelehnt. Der demokratische Antrag lautete: „Der Kultminister Bazille hat nicht das Vertrauen des Landtages.“ Für diesen Antrag stimmten 40 Abgeordnete, und zwar die ganze Linke einschließlich der Deutschen Volkspartei. Dagegen stimmten 39 Abgeordnete von der Rechten, vom Zentrum und vom Christlichen Volksdienst, während sich ein Abgeordneter dieser letzteren Gruppe der Stimme enthielt. Da Enthaltung als Nein zählt, war der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt.

SPD Das auswärtige Amt hat an den italienischen Botschafter in Berlin ein Schreiben gerichtet, in dem im Namen der Reichsregierung der Ueberfall auf das Botschaftsgebäude auf das Schärfste verurteilt und aufs Tiefste bedauert wird.